



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich/FB: 9/ 92
Bearbeiter: Dieter Jetschmanegg Telefon: 1060

Erstellungsdatum:	<u>1.10.2013</u>
Eingang 902:	<u>07.10.13</u>
Termin:	<u>01.10.13</u>

Beantwortung der

Anfrage / Kleine Anfrage - Drucksachen Nr.: 13/SVV/0594

Fragesteller/in: Fraktion Die Andere

Betreff: **Gedenkstätte Lindenstrasse 54**

In Beantwortung o. g. Drucksache teile ich Ihnen Folgendes mit:

In der Einleitung der Anfrage werden verschiedene Behauptungen aufgestellt, die entweder eine subjektive Einschätzung des Fragestellers weitergeben oder falsch sind. Die betroffenen Verbände waren selbstverständlich eingeladen.

Frage 1:

Warum werden bislang keine Zeitschriften und Informationsmaterialien der Opferverbände der NS-Zeit in der Gedenkstätte Lindenstraße 54 ausgelegt?

Antwort:

Informationsmaterialien werden auf Anregung hin ausgelegt. D.h. Verbände, Vereine und Organisationen kommen auf die Gedenkstätte zu.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gedenkstätte sind keine Anfragen auf Auslagenwunsch der Opferverbände der NS-Zeit bekannt. Offensichtlich besteht der Wunsch. Dann bitten wir, auf die Gedenkstätte zu gehen.

Frage 2:

Warum wurden die AG Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und die VVN-BdA zur Ausstellungseröffnung am 12.09.13 weder um ein Grußwort gebeten noch eingeladen?

Fortsetzung siehe Rückseite


Oberbürgermeister

Beigeordnete/r

Drucksachen Nr.:

Antwort:

Es ist üblich, Ausstellungen mit Beiträgen der Vertreter der Institutionen zu gestalten, die an der Erarbeitung und Finanzierung der Ausstellung beteiligt waren. Im Einzelfall bestand gerade in der Gedenkstätte Lindenstrasse auch immer wieder die Chance, Opfer der Zeit sprechen zu lassen.

Leider war es dem letzten uns bekannten lebenden Opfer aus der NS-Zeit der Gedenkstätte nicht möglich, an diesem Abend an der Eröffnung dabei sein zu können.

Frage 3:

Welche der im Rahmen des Workshops zur Gestaltung der Gedenkstätte geäußerten Vorschläge und Wünsche der Opfergruppen der NS-Zeit sind umgesetzt worden oder sollen umgesetzt werden?4. Ist insbesondere vorgesehen:

- den Namen der Gedenkstätte zu ändern
- eine gleichberechtigte Vertretung der vor und nach 1945 in der Lindenstraße Verfolgten in den Gremien der beabsichtigten Stiftung zu garantieren
- endlich einen eigenen Gedenkort für die NS-Opfer in oder vor der Gedenkstätte zu ermöglichen?

Antwort:

Die SVV hat am 30. Januar einen Beschluss zur Gründung einer Stiftung Gedenkstätte Lindenstrasse beschlossen. Neben den juristischen und finanziellen Rahmenbedingungen wird im Beschluss festgehalten, dass „die beiliegende Konzeption dem Arbeitsauftrag der Stiftung zugrundegelegt werden soll“.

Damit wird das Ziel unterstrichen, wesentliche Fragen der inhaltlichen Gestaltung der kommenden Stiftung zu überlassen.

Der Oberbürgermeister plant eine Stiftungssatzung und eine Verwaltungsvereinbarung mit dem MWFK zur Beschlussfassung in die Novembersitzung der SVV ein zu bringen. Darin werden sich auch Vorschläge bzgl. des Beirates finden.